

AMTSBLATT

DER BUNDESSTADT BONN

39. Jahrgang

15. November 2007

Nummer 45

Niederschrift

über die Sitzung des Rates der Stadt Bonn
am Montag, den 23.04.2007, um 18.00 Uhr,
im Ratssaal, Stadthaus, Berliner Platz 2

Sitzung
Sitzungstag
Sitzungsort
Beginn
Ende

Niederschrift	
<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich
Drucksachennummer 0713048NO	
Rat	
	VIII/21
23.04.2007	
Stadthaus, Ratssaal	
18:05	Uhr
20:59	Uhr

Seite

Tagesordnung

1	Öffentliche Sitzung	775
1.1	Anerkennung der Tagesordnung	775
1.2	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 25.10.2006	775
1.3	Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen - entfällt -	775
1.4	Vorlagen aufgrund von Empfehlungen der Bezirksvertretungen und der Ausschüsse	
1.4.1	Drucksachen-Nr.: <u>0710182NV2</u> Rheinuferanlage Beuel: Standort für eine öffentliche WC-Anlage und Kiosk und Schaffung von Baurecht	776
1.4.2	Drucksachen-Nr.: <u>0710746</u> Bildung eines Projektbeirats zur Umsetzung des Bäderkonzepts	776
1.4.3	Drucksachen-Nr.: <u>0710829NV5</u> Raumplanung für das Haus der Bildung	776
1.4.4	Drucksachen-Nr.: <u>0613303NV5</u> Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	777
1.5	Anträge von Fraktionen	
1.5.1	Drucksachen-Nr.: <u>0710725</u> Antrag vom 26.02.2007, unterzeichnet von 44 Mitgliedern des Rates (s. beiliegende Liste) betr. Abwahl der Beigeordneten Ulrike Kretzschmar	777

1.5.2	Drucksachen-Nr.: <u>0710935</u> Antrag vom 02.04.2007, unterzeichnet von 50 Mitgliedern des Rates (sh. beiliegende Liste) betr. Abberufung und Neuwahl der ehrenamtlichen Stellvertreter der Oberbürgermeisterin	778
1.5.3	Drucksachen-Nr.: <u>0710932</u> Antrag SPD-Fraktion vom 30.03.2007 betr. Rheinaue: Neuvermietung, Gastronomie/Gesamtkonzeption	779
1.5.4	Drucksachen-Nr.: <u>0710936</u> Antrag: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.04.2007 betr. Rheinaue	780
1.5.5	Drucksachen-Nr.: <u>0711107</u> Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.04.2007 betr. Rücknahme der zusätzlichen Studiengebühren für ausländische Studierende	781
1.5.6	Drucksachen-Nr.: <u>0711131</u> Dringlichkeitsantrag des Stv. Klein und SPD-Fraktion und des Stv. Hauser und CDU-Fraktion vom 17.04.2007 betr. Resolution an den Senat der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn – Zusatzgebühren für Studierende aus Nicht-EU-Ländern	782
1.6	Anträge von Ratsmitgliedern - entfällt -	784
1.7	Vorlagen der Verwaltung	
1.7.1	Drucksachen-Nr.: <u>0710929</u> Wahl eines Allgemeinen Vertreters der Oberbürgermeisterin und Anpassung Dezernatsverteilungsplan	784
1.7.2	Drucksachen-Nr.: <u>0710930</u> Ausschreibung der Stelle einer Beigeordneten bzw. eines Beigeordneten und Anpassung Dezernatsverteilungsplan	785
1.7.3	Drucksachen-Nr.: <u>0710580</u> Aufhebung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Öffnungszeiten für den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen vom 13.12.96	785
1.7.4	Drucksachen-Nr.: <u>0710769</u> Eintragung in das Goldene Buch aus Anlass des Beethovenfestes 2007	785
1.7.5	Drucksachen-Nr.: <u>0710892</u> Projektbeirat 'Haus der Bildung'	786
1.7.6	Drucksachen-Nr.: <u>0710907</u> Entsendung eines Vertreters der Stadtwerke Bonn GmbH in den Aufsichtsrat der Flughafen Köln/Bonn GmbH	787
1.7.7	Drucksachen-Nr.: <u>0710719</u> Wahl von Mitgliedern für den Vorstand der Hoesch-Stiftung	787
1.7.8	Drucksachen-Nr.: <u>0710942</u> Über und außerplanmäßige Ausgaben gem. § 83 (2) GO NRW - Liste V/2007	787
1.7.9	Drucksachen-Nr.: <u>0711156</u> Ersatzwahlen zu Ratsausschüssen und sonstigen Gremien	787
1.7.10	Drucksachen-Nr.: <u>0711066</u> Eintragung in das Goldene Buch der Stadt Bonn durch Bundesaußenminister a.D. Hans-Dietrich Genscher	788

1.8	Mitteilungen	
1.8.1	Drucksachen-Nr.: <u>0710931</u> NKF-Haushaltsplan 2007 für die Piloten der 2. Welle	788
1.8.2	Drucksachen-Nr.: <u>0710945</u> Bewilligung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gemäß § 83 (1) GO NRW bzw. § 85 (1) GO NRW durch den Stadtkämmerer – Listen 5/2006	788
1.8.3	Drucksachen-Nr.: <u>0710944</u> Bewilligung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gemäß § 83 (1) GO NRW bzw. § 85 (1) GO NRW durch den Stadtkämmerer – Listen 3/2007	788
1.8.3 a	Drucksachen-Nr.: <u>0711050</u> Heroingestützte Behandlung Opiatabhängiger (Heroinmodellprojekt) – Aktuelle Situation	788
1.8.4	Drucksachen-Nr.: <u>0710996</u> Punkte der nichtöffentlichen Sitzung	789

1

Öffentliche Sitzung

Oberbürgermeisterin Dieckmann eröffnet um 18.05 Uhr die öffentliche Sitzung des Rates und verweist vor Eintritt in die Tagesordnung auf das Ableben des früheren Stadtverordneten Franz Offermanns -SPD-, der am 17.03.2007 im Alter von 86 Jahren verstorben ist. Er sei nur wenige Jahre Mitglied des Rates gewesen, nämlich von 1982 - 1984, wobei er sich im Stadtwerkeausschuss, im Personalausschuss und im Sportausschuss engagiert habe. Daher würden sich vielleicht nur wenige an ihn aus der Ratsarbeit erinnern, jedoch viel mehr aus anderen Angelegenheiten. So habe er sich sehr für seinen Ortsteil Dransdorf eingesetzt, wo er und seine Familie im Ortsverein aktiv gewesen seien. Er sei interessiert gewesen an Fragen der Stadt; auch wenn in den letzten Jahren seine Gesundheit nachließ, sei sein Engagement nicht zu verkennen gewesen. Er habe Bonn mitgeprägt, und vor allem habe er seinen Ortsteil Dransdorf mitgeprägt. Sie bitte um ein Gedenken für Franz Offermanns.

Die Anwesenden haben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben.

1.1 Anerkennung der Tagesordnung

Beschluss: (mit Mehrheit bei Gegenstimme von Stv. Dr. Gröner -parteilos-)

Die mit der Einladung vom 05.04.2007 zur 21. öffentlichen Sitzung des Rates am 23.04.2007 übersandte Tagesordnung wird anerkannt; der Behandlung der zur Tagesordnung nachgereichten Beratungsgegenstände betr.

- den Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen vom 17.04.2007 zur Rücknahme der zusätzlichen Studiengebühren für ausländische Studierende unter TOP 1.5.5,
- den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD und CDU vom 17.04.2007 zur Resolution an den Senat der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn - Zusatzgebühren für Studierende aus Nicht-EU-Ländern unter TOP 1.5.6,
- die Verwaltungsvorlage zur Eintragung in das Goldene Buch der Stadt Bonn durch Bundesaußenminister a.D. Hans-Dietrich Genscher unter TOP 1.7.10 und
- die Mitteilungsvorlage betr. Heroingestützte Behandlung Opiatabhängiger (Heroinmodellprojekt) - Aktuelle Situation unter TOP 1.8.3 a)

wird zugestimmt.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden die TOP 1.5.4, der von den Antragstellern aufgrund eines Änderungsantrages zu TOP 1.5.3 mit dem gleichen Beratungsgegenstand zurückgezogen wird, und TOP 1.7.6, der von der Verwaltung zurückgezogen wird.

Wegen des engen Sachzusammenhangs werden die TOP 1.4.3 und 1.7.5 sowie 1.5.5 mit 1.5.6 zur gemeinsamen Beratung miteinander verbunden.

1.2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 25.10.2006

Beschluss: (einstimmig)

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 25.10.2006 wird genehmigt.

1.3 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

- entfällt -

1.4 **Vorlagen aufgrund von Empfehlungen der Bezirksvertretungen und der Ausschüsse**

1.4.1 Drucksachen-Nr.: **0710182NV2**
Rheinuferanlage Beuel): Standort für eine öffentliche WC-Anlage und Kiosk und Schaffung von Baurecht

Beschluss: (einstimmig)

1. Der Standort für eine öffentliche Damen/Herren- und Behinderten-Toilettenanlage mit angeschlossenem Kiosk wird im Eckbereich Hans-Steger-Ufer und der Seitenstraße Rheinaustraße (Haus Nr. 138) festgelegt.
2. Die bauliche Anlage wird in der Böschung landschaftsschonend konzipiert und mit einer Dachbegrünung abgedeckt.
3. Eine Retentionsfläche ist an geeigneter Stelle als Ausgleich zu schaffen.
4. Auf der Grundlage des Beschlusses von 1-3 ist bei den zuständigen Behörden eine Bauvoranfrage einzureichen.

1.4.2 Drucksachen-Nr.: **0710746**
Bildung eines Projektbeirats zur Umsetzung des Bäderkonzeptes

Beschluss: (einstimmig bei Stimmenthaltung von Stv. Dr. Gröner -parteilos- und Stv. Plantiko -UWG Bonn-)

In den Projektbeirat zur Umsetzung des Bäderkonzeptes werden entsandt:

CDU Fraktion

1. Stv. Dieter Steffens
2. Stv. Wilfried Reischl

Stellvertreter

1. AM Andreas Klepke
2. Bzv. Nicole Bonnie

SPD-Fraktion

1. Stv. Dr. Uwe Naß
2. Stv. Werner Esser

Stellvertreter

1. Stv. Rolf Eichenhorst
2. BV Helmut Kollig

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Stv. Angelica M. Kappel

Stellvertreter

1. Stv. Rolf Beu

FDP Fraktion

1. AM Frank Herboth

Stellvertreter

1. Bgm. Ulrich Hauschild

Bürger Bund Bonn

1. AM Klaus-Peter Hentschel

Stellvertreter

1. Florian Kalff

Stadtschwimmverband

1. N.N.

Stellvertreter

1. N.N.

In dem vorgelegten Beschlussvorschlag waren die vorstehenden Namen für die Besetzung des Projektbeirates noch nicht aufgeführt. Mit der Einrichtung eines Sitzes für den Stadtschwimmverband folgt der Rat einem Vorschlag des Sportausschusses.

1.4.3 Drucksachen-Nr.: **0710829NV5**
Raumplanung für das Haus der Bildung

Diese Angelegenheit wird gemeinsam mit TOP 1.7.5 behandelt (sh. auch Protokollnotiz zu TOP 1.1).

Beschluss: (einstimmig)

- I. Die Verwaltung wird beauftragt, im Zusammenhang mit der Zukunft des Hauses der Bildung einen politischen Beirat zu gründen, der mit Mitgliedern der Fachbereiche Kultur und Planung besetzt ist.
- II. Die Verwaltung stellt dem Kulturausschuss kontinuierlich die Überlegungen zum Ablauf der Festlegung der Raumplanung, Angabe des benötigten Raumbedarfs der einzelnen Institute im neuen Haus der Bildung, Bottlerplatz vor.

Hierbei sind folgende Fragen zu berücksichtigen:

1. Welche Gebäudeflächen des Alten Stadthauses sollen für das Haus der Bildung genutzt werden? Welche weiteren Gebäude und bis jetzt un bebauten Flächen können einbezogen werden?
2. Wie wird der Raumbedarf der einzelnen Institute (auch hinsichtlich von gemeinsam zu nutzenden Räumlichkeiten) und die Raumplanung ermittelt? Gibt es hierfür einen Zeitplan?
3. Inwieweit wird berücksichtigt, dass das Stadtmuseum mit Büro, Inventarraum, Depot und Werkstatt im Alten Rathaus untergebracht ist? Sollen diese Räumlichkeiten weiterhin dem Stadtmuseum im Alten Rathaus zur Verfügung stehen? Oder sollen diese Räumlichkeiten auch in das Haus der Bildung verlegt werden? Wenn ja: Werden diese Raumflächen zusätzlich zu den Ausstellungsflächen plus Lauffläche und sonstigen Arbeitsräumen (jetzt Franziskanerstraße) ausgewiesen?
4. Inwieweit gibt es Folgen für die Raumplanung, wenn das Medienzentrum auch im Haus der Bildung eingerichtet werden sollte?
5. Inwieweit wird die museumsspezifische Innenarchitektur berücksichtigt (für Stadtmuseum und Gedenkstätte)? Inwieweit wird berücksichtigt, dass sowohl beim Stadtmuseum als auch bei der Gedenkstätte eine räumliche Vergrößerung der bisherigen Ausstellungsbereiche unbedingt erforderlich ist?
6. Inwieweit werden die Leitungen der künftigen Nutzer im Haus der Bildung bei der Planung einbezogen?
7. Wie setzt sich eine evtl. zu bildende Projektgruppe zusammen?
8. Ist ein Architektenwettbewerb (auch unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes) geplant?

1.4.4

Drucksachen-Nr.: 0613303NV5 Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Beschluss: (mit Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis '90/Die Grünen und FDP)

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, welche Erfahrungen es mit der so genannten Bürgerarbeit in anderen Kommunen gibt und unter welchen rechtlichen Rahmenbedingungen dieses Modell in Bonn umgesetzt werden kann unter Berücksichtigung der der Stadt gegebenen Einflussmöglichkeit.

1.5

Anträge von Fraktionen

1.5.1

Drucksachen-Nr.: 0710725 Antrag vom 26.02.2007, unterzeichnet von 44 Mitgliedern des Rates (s. beiliegende Liste) betr. Abwahl der Beigeordneten Ulrike Kretzschmar

Beschluss: (mit 49 Ja- zu 15 Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen in geheimer Abstimmung)

1. Die Beigeordnete, Frau Ulrike Kretzschmar, wird gemäß § 71 Abs. 7 GO NRW abberufen.
2. Der Beschluss zu Ziffer 1. wird für sofort vollziehbar erklärt.

Stv. Klein -SPD- beantragt namens seiner Fraktion geheime Abstimmung, die einvernehmlich gebilligt wird und wofür von den Fraktionen als Stimmzähler die Stv. Déus -CDU-, Har der -SPD-, Beger -Bündnis '90/Die Grünen- und Kansy -FDP- benannt werden. Nach der Stimmabgabe ermitteln sie das vorstehende Ergebnis, dass von der Oberbürgermeisterin festgestellt wird. Damit ist die nach § 71 (7) der Gemeindeordnung NRW notwendige 2/3-Mehrheit erreicht. Auf den Hinweis von Stv. Paß-Weingartz -Bündnis '90/Die Grünen- zu ei-

ner persönlichen Erklärung durch Frau Kretzschmar verweist die Oberbürgermeisterin darauf, nach den Vorschriften der Gemeindeordnung NRW sei eine Aussprache nicht zulässig.

1.5.2

Drucksachen-Nr.: **0710935**

Antrag vom 02.04.2007, unterzeichnet von 50 Mitgliedern des Rates (sh. beiliegende Liste) betr. Abberufung und Neuwahl der ehrenamtlichen Stellvertreter der Oberbürgermeisterin

1. Abwahl:

Beschluss: (in geheimer Abstimmung mit 49 Ja- : 15 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen)

Die ehrenamtlichen Stellvertreter der Oberbürgermeisterin

- Bürgermeister Peter Finger,
- Bürgermeister Helmut Joisten und
- Bürgermeister Horst Naaß

werden gemäß § 67 Abs. 4 Satz 1 GO NRW abberufen.

2. Anzahl der Bürgermeister

Beschluss: (mit Mehrheit gegen Stv. Dr. Gröner –parteilos- und Stv. Plantiko –UWG-Bonn bei Nichtbeteiligung Grüne und BBB-Gruppe)

In Abänderung des Ratsbeschlusses vom 15.10.2004 sind vier ehrenamtliche Stellvertreter/innen neu zu wählen.

3. Neuwahl:

**Beschluss: (in geheimer Abstimmung: 49 Stimmen für Wahlvorschlag 1
15 Stimmen für Wahlvorschlag 2
1 Enthaltung)**

Gemäß § 67 Abs. 2 GO NRW sind neu gewählt:

1. Bgm. Helmut Joisten
2. Bgm. Horst Naaß
3. Bgm. Ulrich Hauschild
4. Bgm. Peter Finger

Zu Ziff. 1. beantragt Stv. Uckermann -Bündnis '90/Die Grünen- geheime Abstimmung, der der Rat einvernehmlich zustimmt. Für die Auszählung der Stimmen werden von den Fraktionen die Stv. Déus -CDU-, Harder -SPD-, Beger -Bündnis '90/Die Grünen- und Kansy -FDP- benannt, die nach dem Namensaufruf zur geheimen Abstimmung das vorstehende Ergebnis ermitteln, das von der Oberbürgermeisterin festgestellt wird. Damit ist die nach § 67 (4) der Gemeindeordnung NRW erforderliche 2/3-Mehrheit erreicht.

Zu Ziff. 2. kommt es zu einer Aussprache, bei der Stv. Uckermann -Bündnis '90/Die Grünen- und Dr. Lang -BBB- darauf hinweisen, ihre Fraktion bzw. Gruppe werde sich an der Abstimmung nicht beteiligen. Nach der weiteren Aussprache, an der sich die Stv. Dr. Gröner -parteilos-, Klein -SPD-, Hümmrich -FDP-, Hauser -CDU- und die Oberbürgermeisterin beteiligen, stimmt der Rat mit dem vorstehend wiedergegebenen Abstimmungsergebnis der Neuwahl von vier ehrenamtlichen Stellvertretern der Oberbürgermeisterin zu.

Zu Ziff. 3. verweist die Oberbürgermeisterin darauf, eine Aussprache zu diesem Punkt sei nach der Gemeindeordnung nicht zulässig. Es lägen zwei Listen vor, ein Wahlvorschlag 1 mit den Namen Stv. Joisten, Stv. Naaß und Stv. Hauschild sowie ein Wahlvorschlag 2 mit dem Namen Stv. Finger. Nach der anschließenden geheimen Abstimmung ermitteln die Stimmzähler das Ergebnis, das von der Oberbürgermeisterin mit 49 Stimmen für Wahlvorschlag 1 und 15 Stimmen für Wahlvorschlag 2 bei einer Enthaltung festgestellt wird. Dabei entfielen die ersten drei Höchstzahlen (49, 24,50 und 16,33) auf Wahlvorschlag 1 und die vierte Höchstzahl (15) auf Wahlvorschlag 2. Damit sind die Stv. Joisten zum 1. Bürgermeister, Stv. Naaß zum 2. Bürgermeister, Stv. Hauschild zum 3. Bürgermeister und Stv. Finger

zum 4. Bürgermeister gewählt. Die Gewählten nehmen die Wahl an und werden von der Oberbürgermeisterin mit folgender Verpflichtungsformel zur gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet:

„Ich verpflichte mich, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können unparteiisch und ohne Ansehen der Person ausüben, dass ich gewissenhaft Verfassung und Gesetze befolgen, für das Wohl der Stadt arbeiten und Ihr unbestechlich und ohne Eigen-
nutz dienen werde. So wahr mir Gott helfe.“

Es erfolgt eine kurze Sitzungsunterbrechung von 19.10 Uhr bis 19.24 Uhr.

1.5.3

Drucksachen-Nr.: 0710932

Antrag SPD-Fraktion vom 30.03.2007 betr. Rheinaue: Neuvermietung, Gastronomie/Gesamtkonzeption

Dieser Antrag wird gemeinsam mit dem Änderungsantrag zu TOP 1.5.4 behandelt (sh. auch Protokollnotiz zu TOP 1.1).

Beschluss: (mit 33 zu 31 Stimmen bei einer Enthaltung)

Der Beschluss des Rates der Stadt Bonn vom 31.01.2007, DS-Nr. 0613131EB7, wird wie folgt ergänzt:

1. Die Ziffer 5 wird um die nachfolgenden Absätze erweitert:

Das Veranstaltungskonzept berücksichtigt die Funktion der Rheinaue als Freizeit und Erholungspark. Das Alleinbewirtschaftungsrecht für das Parkgelände steht grundsätzlich der Stadt Bonn als Eigentümerin zu. Ausnahmen können vertraglich geregelt werden.

Die von der Verwaltung auszuschreibende Variante B umfasst zur Stärkung der wirtschaftlichen Basis des Pächters/der Pächterin neben der Gastronomie ein teilgastronomisches Alleinbewirtschaftungsrecht für folgende Veranstaltungen/Vermarktungsmöglichkeiten:

- Bonner Wirtefestival
- Bonner Bierbörse
- Minigolf-Anlage
- Mobiler Eisverkauf
- für zwei zusätzliche Veranstaltungen (max. jeweils drei Tage), die der Pächter nach eigenen Ideen im Rahmen der zu erfüllenden Auflagen ausgestalten kann.

Sofern einzelne Veranstaltungen nicht mehr stattfinden könnten, ist anzustreben, dass dem zukünftigen Pächter als Ersatz das Alleinbewirtschaftungsrecht für alternative Veranstaltungen nach vorheriger Absprache übertragen wird; ein Rechtsanspruch erwächst dem Pächter hieraus nicht.

Die Vermietung erfolgt für einen Zeitraum von 10 Jahren mit einer Option für weitere 5 Jahre.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Inhalte der Variante B um die komplette Organisation einschl. des Alleinbewirtschaftungsrechtes der in der Rheinaue traditionell stattfindenden Flohmärkte (mind. 7 Veranstaltungen jährlich) als zusätzliches Los, in Form einer Variante C, zu ergänzen.

Die Wirtschaftlichkeitsbewertungen der Variante A-C sind jeweils separat vorzunehmen.

Es ist sicherzustellen, dass eine Vergabe nur auf Basis der Variante A, B (incl. Var. A), oder der Variante C (incl. Var. A u B) erfolgen kann. Eine separate Vergabe einzelner Lose an verschiedene Vertragspartner ist ausgeschlossen.

Im Falle einer evtl. Vergabeentscheidung nach Var. C ist sicherzustellen, dass der Charakter eines familienfreundlichen Amateurflohmarktes beibehalten wird.

2. Ziffer 6 des Ratsbeschlusses wird wie folgt geändert:

Den politischen Gremien wird eine Beschlussvorlage bis nach der Sommerpause 2007 vorgelegt, die sowohl Aussagen zu den in Ziffer 4 formulierten Fragestellungen als auch zum Ausschreibungsergebnis im Sinne der Ziffer 5 beinhaltet.

An einer Aussprache hierzu beteiligen sich die Stv. Heinzl -Bündnis '90/Die Grünen-, die den Änderungsantrag ihrer Fraktion vom 16.04.2007 begründet, Eickhoff -SPD-, der den zugrunde liegenden Antrag seiner Fraktion vom 30.03.2007 erläutert, Déus -CDU-, der den Kompromissvorschlag seiner Fraktion mit dem Änderungsantrag vom 05.04.2007 darlegt und Bgm. Hauschild -FDP-, der sich im Interesse der Weiterentwicklung für eine Entscheidung in der heutigen Ratssitzung ausspricht. Der Rat lehnt zunächst mit Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen und die BBB-Gruppe den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen ab und stimmt sodann dem zugrunde liegenden Antrag der SPD-Fraktion vom 30.03.2007, ergänzt um den Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 05.04.2007 (sh. Fettdruck), mit 33 zu 31 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

Der abgelehnte Änderungsantrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen (DS-Nr. 0710932AA3) hatte folgenden Wortlaut:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Inhalte der Variante B um die komplette Organisation einschl. des Alleinbewirtschaftungsrechtes der in der Rheinaue traditionell stattfindenden Flohmärkte (mind. 7 Veranstaltungen jährlich) als zusätzliches Los, in Form einer Variante C, zu ergänzen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, ihren bisherigen Beschlussvorschlag um die komplette Bewirtschaftung von Rheinauenpark und Gastronomie als zusätzliches Los, in Form einer Variante D, zu ergänzen.
Für die Bewerbung um die Variante D sind folgende Voraussetzungen einzuhalten:
 - Die Gesamtzahl der Großveranstaltungen darf gegenüber der bisherigen Anzahl von Großveranstaltungen nicht wesentlich ausgeweitet werden, damit der Charakter des Parkes als Naherholungsraum erhalten bleibt.
 - Die Veranstaltungen "Rhein in Flammen" und "Rheinkultur" müssen im bisherigen Rahmen durchgeführt werden können.
 - Der Stadt Bonn wird die Option für 2 Großveranstaltungen pro Jahr eingeräumt.
3. Die Wirtschaftlichkeitsbewertungen der Variante A-D sind jeweils separat vorzunehmen.
4. Es ist sicherzustellen, dass eine Vergabe nur auf Basis der Variante A, B (incl. Var. A), der Variante C (incl. Var. A u B) oder der Variante D (incl. A, B u C) erfolgen kann. Eine separate Vergabe einzelner Lose an verschiedene Vertragspartner ist ausgeschlossen.
5. Im Falle einer evtl. Vergabeentscheidung nach Var. C oder D ist sicherzustellen, dass der Charakter eines familienfreundlichen Amateurflohmärktes beibehalten wird.

1.5.4

Drucksachen-Nr.: **0710936**

Antrag: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.04.2007 betr. Rheinaue

Dieser Änderungsantrag wurde gemeinsam mit TOP 1.5.3 behandelt.

Der Antrag wurde von der Antrag stellenden Fraktion unter Hinweis auf die Behandlung bei TOP 1.5.3 bei Anerkennung der Tagesordnung zurückgezogen (sh. auch Protokollnotiz zu TOP 1.1).

Er hatte folgenden Wortlaut:

Der Rat bestätigt seinen einstimmig gefassten Beschluss vom 31.1.2007, die Bewirtschaftung der Rheinauengastronomie und die Bewirtschaftung von Rheinauenpark und Gastronomie alternativ auszuscheiden.

Dabei wird die Bewirtschaftung des Parkes unter folgenden Voraussetzungen ausgeschrieben:

- Die Gesamtzahl der Großveranstaltungen darf gegenüber der bisherigen Anzahl von Großveranstaltungen nicht wesentlich ausgeweitet werden, damit der Charakter des Parkes als Naherholungsraum erhalten bleibt.
- Die Veranstaltungen "Rhein in Flammen" und "Rheinkultur" müssen im bisherigen Rahmen durchgeführt werden können.
- Der Stadt Bonn wird die Option für 2 Großveranstaltungen pro Jahr eingeräumt.
- Die Vertragsdauer beträgt zunächst 5 Jahre.

1.5.5

Drucksachen-Nr.: 0711107

Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.04.2007 betr. Rücknahme der zusätzlichen Studiengebühren für ausländische Studierende

Dieser Dringlichkeitsantrag wird gemeinsam mit dem Dringlichkeitsantrag zu TOP 1.5.6 behandelt (sh. auch Protokollnotiz zu TOP 1.1).

Der Dringlichkeitsantrag wird durch die Beschlussfassung zu TOP 1.5.6 als erledigt angesehen. Er hatte folgenden Wortlaut:

Erklärung des Rates der Stadt Bonn

Die Bonner Universität hat nach eigenen Angaben zum Sommersemester ein Viertel ihrer ausländischen StudentInnen verloren.

Der Rat der Stadt Bonn wertet den Verlust der ausländischen Studentinnen und Studenten als einen schweren Rückschlag für das Internationale Bonn.

Er ist die direkte Konsequenz, wenn nicht die gewollte Folge der Sonderstudiengebühren für nicht EU-Bürger, die die Uni Bonn als einzige nordrhein-westfälische Stadt zusätzlich zu den ohnehin schon einschneidenden Studiengebühren, die für alle Studierenden gelten, erhebt.

Die Bundesstadt Bonn steht sowohl als Internationale Stadt als auch als Wissenschaftsstandort im besonderen Licht der Öffentlichkeit. Es wäre ein äußerst schädliches Zeichen, wenn die Diskriminierung ausländischer Studierender zum Alleinstellungsmerkmal des Hochschulstandortes Bonn würde.

Die Sondergebühren konterkarieren die Internationalen Ambitionen von Universität und Stadt gleichermaßen. Es darf nicht dabei bleiben, dass ausgerechnet die UN-Stadt hier eine unrühmliche Vorreiterrolle spielt und das Signal aussendet, dass ausländische Studierende in Bonn nicht willkommen sind!

Der Rat der Stadt Bonn fordert die Oberbürgermeisterin auf, das direkte Gespräch mit dem Rektor der Universität, Prof. Winiger, zu suchen mit dem Ziel, die Sondergebühren für ausländische Studierende aus Nicht-EU-Ländern zurückzunehmen.

Über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 17.04.2007 wird aufgrund der Beschlussfassung zu TOP 1.5.6 ebenfalls nicht abgestimmt. Er hatte folgenden Wortlaut:

Der Text des Dringlichkeitsantrages ist durch folgenden Wortlaut zu ersetzen:

1. Der Rat der Stadt Bonn begrüßt die Initiative der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, mit einem gezielten Angebot von Sprachkursen, Studienstrategieberatung und Mentoring ausländischen Studierenden ein zielorientiertes und schnelleres Studium zu erleichtern.
2. Der Rat der Stadt Bonn fordert den Senat der Universität auf, die für das Sonderprogramm vorgesehenen zusätzlichen Beiträge von 150 EURO pro Semester für Nicht-EU-Ausländer zurückzunehmen und das Programm aus den allgemeinen Studiengebühren zu finanzieren.
3. Der Rat bittet die Oberbürgermeisterin, im direkten Gespräch mit dem Rektor der Universität, Prof. Dr. Winiger, auf die Rücknahme der Zusatzgebühren hinzuwirken.

Dringlichkeitsantrag des Stv. Klein und SPD-Fraktion und des Stv. Hauser und CDU-Fraktion vom 17.04.2007 betr. Resolution an den Senat der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn – Zusatzgebühren für Studierende aus Nicht-EU-Ländern

Diese Angelegenheit wird gemeinsam mit TOP 1.5.5 behandelt (sh. auch Protokollnotiz zu TOP 1.1).

Beschluss: (mit Mehrheit gegen Stv. Dr. Heckes und Overmans -beide CDU- bei Stimmenthaltung von Stv. Dr. Gröner -parteilos-)

Resolution an den Senat der Universität Bonn

Der Rat der Bundesstadt Bonn begrüßt grundsätzlich das Engagement der Rheinischen Friedrich-Wilhelms Universität Bonn, das darauf ausgerichtet ist, dass durch ergänzende Betreuungsmaßnahmen möglichst viele ausländische Studentinnen und Studenten ihr Studium erfolgreich abschließen. Der Rat der Bundesstadt Bonn bittet den Senat der Rheinischen Friedrich-Wilhelms Universität, ein Modell zu entwickeln, das es ermöglicht, das bisherige Engagement der Universität für ausländische Studierende auch ohne die Erhebung von besonderen Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Staaten fortzusetzen.

Der Rat der Stadt Bonn bietet der Universität eine Kooperation bei der Integration ausländischer Studierender an. Die vielfältigen kommunalen Integrations- und Qualifizierungsangebote für ausländische Mitbürger stehen den Studierenden zur Verfügung und können in ihrem Sinne ausgebaut werden. Der Rat der Stadt Bonn bekräftigt, dass ausländische Studierende in Bonn weiterhin herzlich willkommen sind.

An einer Aussprache hierzu beteiligen sich die Stv. Kappel -Bündnis '90/Die Grünen-, die den Dringlichkeitsantrag ihrer Fraktion erläutert (sh. TOP 1.5.5), Eickhoff -SPD-, der den Änderungsantrag seiner Fraktion begründet, Stamp -FDP-, der die Gesichtspunkte des Änderungsantrages seiner Fraktion darlegt und sich für die Annahme des Verwaltungsvorschlages (sh. 0711107ST3) mit dem letzten Absatz aus dem modifizierten Änderungsantrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen als Tischvorlage ausspricht, Dr. Gröner -parteilos-, Hauser -CDU-, von Grünberg -SPD-, Plantiko -UWG Bonn- und Oberbürgermeisterin Dieckmann. Der Rat fasst alsdann den vorstehenden Beschluss.

Der zugrunde liegende Dringlichkeitsantrag der CDU- und SPD-Fraktionen vom 17.04.2007 hatte folgenden Wortlaut:

Resolution an den Senat der Universität Bonn

Der Rat der Bundesstadt Bonn bittet den Senat der Friedrich-Wilhelms-Universität, von Studierenden aus Nicht-EU-Ländern keine besonderen Gebühren zu erheben.

Die Stadt Bonn versteht sich als internationales Zentrum und steht auch als Wissenschaftsstandort in einem besonderen Licht der Öffentlichkeit. Gerade diese beiden Attribute sind für Studentinnen und Studenten aus Nicht-EU-Ländern ein besonderer Anreiz, in Bonn zu studieren und hier auch internationale Angebote kennen zu lernen und Kontakte zu knüpfen. Auch für Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen ist es interessant, über Kontakte zu Studentinnen und Studenten aus Nicht-EU-Ländern eine besondere Nachhaltigkeit ihrer Projekte zu erreichen.

Ist das Studium an der Uni Bonn durch Sondergebühren für diesen Personenkreis besonders erschwert, besteht die Gefahr, dass die Studentinnen und Studenten aus rein finanziellen Gründen andere Studienorte bevorzugen.

Auch die Universität sollte aufgrund einer immer stärkeren Internationalisierung von Wissenschaftsleistungen ein hohes Interesse an diesen Studierenden haben.

Selbst wenn ein gewisser Mehraufwand für diesen Studierendenkreis anfällt, sollte dies nicht automatisch zu einer Sondergebühr führen, unabhängig davon, ob das Gleichstellungsgesetz eine solche Unterscheidung überhaupt zulässt.

Es wäre für das Erscheinungsbild der internationalen Stadt Bonn und der Universitätsstadt Bonn nicht förderlich, die einzige Stadt in NRW zu sein, in der solche Zusatzgebühren eingefordert werden.

Sollte eine unterschiedliche Behandlung der verschiedenen Studentinnen und Studenten sachlich begründbar sein, kann nur über eine landesweite Lösung eine Regelung gefunden werden, die den Universitäten hilft. Ansonsten würde der Studienstandort Bonn bei einem Sonderweg an Attraktivität einbüßen.

Der als Tischvorlage unterbreitete Änderungsantrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen vom 23.04.2007 hatte folgenden Wortlaut:

Resolution des Rates der Stadt Bonn an den Senat der Universität Bonn

Der Rat der Bundesstadt Bonn bittet den Senat der Friedrich-Wilhelms-Universität, von Studierenden aus Nicht-EU-Ländern keine besonderen Gebühren zu erheben.
Es wäre für das Erscheinungsbild der internationalen Stadt Bonn und der Universitätsstadt Bonn nicht förderlich, die einzige Stadt in NRW zu sein, in der solche Zusatzgebühren eingefordert werden.

Die Bundesstadt Bonn steht sowohl als internationale Stadt als auch als Wissenschaftsstandort im besonderen Licht der Öffentlichkeit. Gerade diese beiden Attribute sind für Studierende aus Nicht-EU-Ländern ein besonderer Anreiz, in Bonn zu studieren, hier internationale Angebote kennen zu lernen und Kontakte zu knüpfen. Für Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen ist es interessant, über Kontakte zu Studierenden aus Nicht-EU-Ländern eine besondere Nachhaltigkeit ihrer Projekte zu erreichen.

Die Zusatzgebühren konterkarieren die internationalen Ambitionen von Universität und Stadt gleichermaßen. Auch die Universität sollte aufgrund einer immer stärkeren Internationalisierung von Wissenschaftsleistungen ein hohes Interesse an diesen Studierenden haben.
Der Rat der Stadt Bonn bietet der Universität Bonn eine Kooperation bei der Integration ausländischer Studierender an. Die vielfältigen kommunalen Integrations- und Qualifizierungsangebote für ausländische Mitbürger stehen den Studierenden zur Verfügung und können in ihrem Sinne ausgebaut werden. Der Rat der Stadt Bonn bekräftigt, dass ausländische Studierende in Bonn weiterhin herzlich willkommen sind!

Die nachgereichte Stellungnahme der Verwaltung hatte folgenden Wortlaut:

Die Verwaltung begrüßt die einzelnen Initiativen der Fraktionen, empfiehlt aber ihrerseits dem Rat zur Beschlussfassung nachfolgende Resolution:

„Resolution an den Senat der Universität Bonn

Der Rat der Bundesstadt Bonn begrüßt grundsätzlich das Engagement der Rheinischen Friedrich-Wilhelms Universität Bonn, das darauf ausgerichtet ist, dass durch ergänzende Betreuungsmaßnahmen möglichst viele ausländische Studentinnen und Studenten ihr Studium erfolgreich abschließen. Der Rat der Bundesstadt Bonn bittet den Senat der Rheinischen Friedrich-Wilhelms Universität ein Modell zu entwickeln, das es ermöglicht, das bisherige Engagement der Universität für ausländische Studierende auch ohne die Erhebung von besonderen Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Staaten fortzusetzen.

Begründung:

An der Universität Bonn studieren z. Z. rd. 26.000 Studierende, darunter rd. 4.900 Studentinnen und Studenten aus rd. 140 Nationen. Die Stadt Bonn ist vor dem Hintergrund ihres internationalen Profils und als Stadt der Wissenschaft sehr daran interessiert, dass ausländische Studierende sich für Bonn als Studienort entscheiden. Auch für die in Bonn ansässigen nationalen und internationalen Einrichtungen ist es von Bedeutung über Kontakte zu Studierenden insbesondere aus Nicht-EU-Staaten die Nachhaltigkeit ihrer Projekte zu erreichen.

Die Stadt Bonn ist ebenso daran interessiert, dass möglichst viele der ausländischen Studierenden ihr Studium erfolgreich abschließen. Bisher gelingt dies jedoch nur 3 von 10 Studierenden. Daher werden die von der Universität Bonn angebotenen und durchgeführten Betreuungsmaßnahmen grundsätzlich als richtig und notwendig anerkannt.

Da Studierende aus Nicht-EU-Staaten neben der Sicherung ihres Lebensunterhalts und den allgemeinen Studiengebühren von 500 € je Semester weitere 150 € je Semester für die Betreuung zahlen müssen, besteht gegenüber den ausländischen Studierenden aus EU-Staaten, die ebenfalls der Betreuung durch die Universität bedürfen, eine Ungleichbehandlung. Aus diesem Grund appelliert der Rat der Stadt Bonn an den Senat der Universität Bonn ein Modell zu entwickeln, dass die Fortführung der Betreuungsmaßnahmen für Studierende aus dem Ausland beinhaltet, ohne jedoch von Studierenden aus Nicht-EU-Staaten für diese Leistungen besondere Studiengebühren zu fordern.

Darüber hinaus kommt die Verwaltung der Bitte des Integrationsrates vom 19.04.2007 nach, dem Rat seine Resolution vom 19.04.2007 zur Kenntnis zu geben.

Der Beschluss hatte folgenden Wortlaut:

- 1.) Der Integrationsrat der Bundesstadt Bonn appelliert an den Senat der Friedrich-Wilhelm-Universität Bonn, die zusätzlichen Gebühren für ausländische Studenten aus Nicht-EU Ländern aufzuheben.
- 2.) Die Verwaltung wird gebeten, diese Resolution bis spätestens 26.4.2007 allen Mitgliedern des Senates von der Uni Bonn zugänglich zu machen.

1.6 Anträge von Ratsmitgliedern

- entfällt -

1.7 Vorlagen der Verwaltung

1.7.1

Drucksachen-Nr.: **0710929**

Wahl eines Allgemeinen Vertreters der Oberbürgermeisterin und Anpassung Dezernatsverteilungsplan

Beschluss: (mit Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen, die BBB-Gruppe, Stv. Dr. Gröner -parteilos- und Stv. Plantiko -UWG Bonn- bei zwei Enthaltungen)

Der Rat der Bundesstadt Bonn wählt Herrn Beigeordneten Dr. Volker Kregel gemäß § 6 Absatz 4 der Hauptsatzung der Bundesstadt Bonn mit Wirkung vom 01.10.2007 zum Allgemeinen Vertreter der Oberbürgermeisterin als stellvertretenden Leiter der Stadtverwaltung. Ab diesem Zeitpunkt übernimmt er das Dezernat I mit den bisherigen Fachbereichen Personal- und Organisationsamt (10), Bürgerdienste (33), Feuerwehr und Rettungsdienst (37) sowie den Bezirksverwaltungsstellen. Außerdem behält er aus seinem bisherigen Dezernat das Amt für Recht, Versicherungen und Lastenausgleich (30).

Gemäß § 6 Absatz 4 der Hauptsatzung trägt er die Amtsbezeichnung „Stadtdirektor“.

Herr Dr. Kregel erhält ab dem 01.10.2007 eine Besoldung nach Besoldungsgruppe B 6 BBesG.

An einer Aussprache hierzu beteiligen sich die Stv. Paß-Weingartz -Bündnis '90/Die Grünen-, die den Änderungsantrag ihrer Fraktion und der BBB-Gruppe mit dem Ziel der Ausschreibung der Stelle erläutern, Klein -SPD- und Hauser -CDU-, die sich für die Verwaltungsvorlage aussprechen, Poppe -Bündnis '90/Die Grünen-, Heidemann -SPD-, Dr. Gröner -parteilos-, Uckermann -Bündnis '90/Die Grünen- und Oberbürgermeisterin Dieckmann. Der Rat lehnt alsdann den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen und der BBB-Gruppe mit Mehrheit ab und fasst anschließend den vorstehenden Beschluss.

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen und der BBB-Gruppe vom 17.04.2007 hatte folgenden Wortlaut:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Stelle einer Beigeordneten bzw. eines Beigeordneten, Besoldungsgruppe B 6 BBesO, mit einer Wahlzeit von acht Jahren auszuschreiben.
2. Für die Ausschreibung wird der in der Anlage 1 beigefügte Text festgelegt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einschaltung eines Headhunters durch ein geordnetes Verfahren vorzubereiten.
4. Zum Dezernat gehören die Fachbereiche Personal- und Organisationsamt (10), Bürgerdienste (33), Feuerwehr und Rettungsdienst (37) sowie die Bezirksverwaltungsstellen.

1.7.2

Drucksachen-Nr.: 0710930

Ausschreibung der Stelle einer Beigeordneten bzw. eines Beigeordneten und Anpassung Dezernatsverteilungspfan

Beschluss: (zu Ziff. 1, 3. und 4.: einstimmig bei Stimmenthaltung von Stv. Poppe - Bündnis '90/Die Grünen-, zu Ziff. 2.: mit Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen und Stv. Dr. Gröner -parteilos- in ziffernweiser Abstimmung)

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Stelle einer Beigeordneten bzw. eines Beigeordneten, Besoldungsgruppe B 5 BBesO, mit einer Wahlzeit von acht Jahren auszuschreiben.
2. Im Übrigen wird die Verwaltung ermächtigt, hierzu durch Einschaltung eines Headhunters die Wahl einer Beigeordneten bzw. eines Beigeordneten vorzubereiten, ggf. wegen der Sommerpause per Dringlichkeitsentscheidung.
3. Für die Ausschreibung wird der in der Anlage 1 beigefügte Text festgelegt.
4. Zum Dezernat gehören die Fachbereiche Schulamt (40), Amt für Soziales und Wohnen (50) sowie das Amt für Kinder, Jugend und Familie (51). Mit der Stellenbesetzung tritt die neue Dezernatsverteilung in Kraft.

Stv. Manemann -Bündnis '90/Die Grünen- spricht sich dafür aus, in die Ausschreibung bei der Darstellung des Geschäftsbereiches die Bereiche Migration und Integration zusätzlich aufzunehmen, von der Einschaltung eines Headhunters durch Dringlichkeitsentscheidung abzusehen und andernfalls ziffernweise abzustimmen. Nach Erläuterung von Einzelheiten der Vorlage lässt die Oberbürgermeisterin über die Vorlage ziffernweise mit dem vorstehenden Ergebnis abstimmen, wobei in die Ausschreibung die Worte „mit den Bereichen der Migration und Integration“ zusätzlich eingefügt werden.

1.7.3

Drucksachen-Nr.: 0710580

Aufhebung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Öffnungszeiten für den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen vom 13.12.96

Bgm. Joisten übernimmt den Vorsitz.

Beschluss: (einstimmig bei Stimmenthaltung von Stv. Poppe -Bündnis '90/Die Grünen-)

Die Ordnungsbehördliche Verordnung über die Öffnungszeiten für den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen vom 13. Dezember 1996 wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Der Wortlaut der aufgehobenen Verordnung lag dem Rat vor.

1.7.4

Drucksachen-Nr.: 0710769

Eintragung in das Goldene Buch aus Anlass des Beethovenfestes 2007

Beschluss: (einstimmig bei Stimmenthaltung von Stv. Dr. Gröner -parteilos-)

Herausragende Persönlichkeiten des Beethovenfestes 2007 werden gebeten, sich in das Goldene Buch der Stadt Bonn einzutragen. Auf Vorschlag der Intendantin des Beethovenfestes, Frau Ilona Schmiel, sind dies die Schauspielerin Martina Gedeck, die Dirigenten Sir Andrew Davis, Paavo Järvi, Gustavo Dudamel, Sir Neville Marriner, Zubin Metha und Jonathan Nott sowie der Komponist Mauricio Kagel.

Drucksachen-Nr.: **0710892**
Projektbeirat 'Haus der Bildung'

Diese Angelegenheit wird gemeinsam mit TOP 1.4.3 behandelt (sh. auch Protokollnotiz zu TOP 1.1).

Beschluss: (einstimmig entsprechend dem Änderungsantrag der CDU- und SPD-Fraktionen vom 30.03.2007)

1. Im Zuge der Projektentwicklung des Standortes Bottlerplatz wird ein Projektbeirat mit der Bezeichnung ‚Projektbeirat Haus der Bildung – Bottlerplatz‘ gebildet.
2. In den Projektbeirat werden entsandt:

CDU Fraktion:

1. Stv. Heinz Hentschel
2. Stv. Christiane Overmans

Stellvertreter

1. Stv. Georg Fenninger
2. Stv. Markus Schuck

SPD Fraktion:

1. Stv. Barbel Richter
2. Stv. Angelika Esch

Stellvertreter

1. Stv. Erika Coché
2. Bzv. Herbert Spoelgen

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. Stv. Gisela Mengelberg

Stellvertreter

1. Stv. Florian Beger

FDP Fraktion:

1. AM Barbara Wrany

Stellvertreter

1. Falk Kivelfip

Bürger Bund Bonn:

1. Bzv. Johannes Schott

Stellvertreter

1. AM Joachim Decker

Der vorgelegte Beschlussvorschlag hatte folgenden Wortlaut:

1. Im Zuge der Projektentwicklung des Standortes Bottlerplatz wird ein Projektbeirat mit der Bezeichnung ‚Projektbeirat Haus der Bildung – Bottlerplatz‘ gebildet.
2. In den Projektbeirat werden entsandt:

CDU Fraktion:

- 1.
- 2.

Stellvertreter

- 1.
- 2.

SPD Fraktion:

- 1.
- 2.

Stellvertreter

- 1.
- 2.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

- 1.
- 2.

Stellvertreter

- 1.
- 2.

FDP Fraktion:

	Stellvertreter
1.	1.
2.	2.

Bürger Bund Bonn:

	Stellvertreter
1.	1.

Weitere Stellvertreter der Fraktionen sind die Stadtverordneten in alphabetischer Reihenfolge.

1.7.6

Drucksachen-Nr.: **0710907**

Entsendung eines Vertreters der Stadtwerke Bonn GmbH in den Aufsichtsrat der Flughafen Köln/Bonn GmbH

Diese Angelegenheit wurde zu Beginn der Sitzung von der Verwaltung zurückgezogen (sh. auch Protokollnotiz zu TOP 1.1).

Der vorgelegte Beschlussvorschlag hatte folgenden Wortlaut:

Der Rat der Stadt Bonn empfiehlt den Vertretern der Stadt Bonn im Aufsichtsrat der SWB GmbH, die Gesellschafterversammlung anzuweisen, als Vertreter der Stadtwerke Bonn GmbH in den Aufsichtsrat der Flughafen Köln/Bonn GmbH Herrn Prof. Dr. Zemlin zu entsenden.

1.7.7

Drucksachen-Nr.: **0710719**

Wahl von Mitgliedern für den Vorstand der Hoesch-Stiftung

Beschluss: (einstimmig bei fünf Enthaltungen)

Als Mitglieder in den Vorstand der Hoesch-Stiftung werden gewählt:

1. Stv. Ingeborg Cziudaj –CDU-
2. AM Klaus Großkurth –CDU-
3. Stv. Gieslint Grenz –SPD-
4. Stv. Monika Heinzel –Grüne-

Die Amtszeit des neugewählten Vorstandes beginnt am 11.05.2007 und endet am 10.05.2013.

1.7.8

Drucksachen-Nr.: **0710942**

**Über und außerplanmäßige Ausgaben gem. § 83 (2) GO NRW
- Liste V/2007**

**Beschluss: (einstimmig bei Stimmenthaltung der Stv. Dr. Gröner -parteilos- und Plan-
tiko -UWG Bonn-)**

Der Bewilligung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben, die in der als Anlage beigefügten Liste V/2007 aufgeführt sind, wird zugestimmt.

1.7.9

Drucksachen-Nr.: **0711156**

Ersatzwahlen zu Ratsausschüssen und sonstigen Gremien

Beschluss: (einstimmig)

Die nachfolgenden Veränderungen werden vorgenommen:

Ratsausschüsse

a) auf Vorschlag der SPD-Fraktion:

Gremium	bisheriges Mitglied	neues Mitglied
Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie	AM Sascha Krieger (ordentl. Mitglied, 7. Stelle)	AM Dörthe Ewald (bisher stellv. Mitglied, 7. Stelle)
	AM Dörthe Ewald (stellv. Mitglied, 7. Stelle)	AM Sascha Krieger (bisher ordentl. Mitglied, 7. Stelle)

b) auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Gremium	bisheriges Mitglied	neues Mitglied
Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie	AM Henrike Schoeneich (Kinderschutzbund) (ordentl. Mitglied, 14. Stelle)	AM Karin Richartz (Elterninitiative Kunterbunt e.V., Till-Eulenspiegel-Schule)

1.7.10

Drucksachen-Nr.: 0711066

Eintragung in das Goldene Buch der Stadt Bonn durch Bundesaußenminister a.D. Hans-Dietrich Genscher

Beschluss: (mit Mehrheit gegen Stv. Dr. Gröner -parteilos- bei Stimmenthaltung von Stv. Plantiko -UWG Bonn-)

Bundesaußenminister a. D. Hans-Dietrich Genscher wird gebeten, sich anlässlich seines 80. Geburtstages in das Goldene Buch der Stadt Bonn einzutragen.

1.8 **Mitteilungen**

1.8.1

Drucksachen-Nr.: 0710931

NKF-Haushaltsplan 2007 für die Piloten der 2. Welle

Der Rat nimmt von der hierzu in der Einladung abgedruckten Mitteilung Kenntnis und ist damit einverstanden, die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Unterausschusses für Finanzen und Teilnehmungsmanagement zu behandeln.

1.8.2

Drucksachen-Nr.: 0710945

Bewilligung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gemäß § 83 (1) GO NRW bzw. § 85 (1) GO NRW durch den Stadtkämmerer – Listen 5/2006

Der Rat nimmt von der hierzu in der Einladung abgedruckten Mitteilung ohne Aussprache Kenntnis.

1.8.3

Drucksachen-Nr.: 0710944

Bewilligung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gemäß § 83 (1) GO NRW bzw. § 85 (1) GO NRW durch den Stadtkämmerer – Listen 3/2007

Der Rat nimmt von der hierzu in der Einladung abgedruckten Mitteilung ohne Aussprache Kenntnis.

1.8.3 a

Drucksachen-Nr.: 0711050

Heroingestützte Behandlung Opiatabhängiger (Heroinmodellprojekt) – Aktuelle Situation

Der Rat nimmt von der zur Einladung nachgereichten Mitteilungsvorlage Kenntnis.

An einer Aussprache hierzu beteiligen sich die Stv. Dr. Gröner -parteilos-, von Grünberg -SPD- und Oberbürgermeisterin Dieckmann, die sich dafür ausspricht, die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen zu

behandeln und von einer Resolution an den Gesetzgeber abzusehen. Die Verwaltung werde kurzfristig einen Vorschlag für das weitere Verfahren vorlegen.

Die nachgereichte Mitteilungsvorlage hatte folgenden Wortlaut:

Zur Information über die aktuelle Situation zum Heroinmodellprojekt wird auf das als Anlage beigefügte Schreiben der Bundesministerien für Gesundheit und Justiz vom 28.03.2007 verwiesen.

1.8.4

Drucksachen-Nr.: **0710996**

Punkte der nichtöffentlichen Sitzung

Der Rat nimmt von der hierzu in der Einladung abgedruckten Mitteilung ohne Aussprache Kenntnis.

gez. Dieckmann

(Bärbel Dieckmann)
Oberbürgermeisterin

gez. Schmitz

(Konrad Schmitz)
Schriftführer

gez. Joisten

(Helmut Joisten)
Bürgermeister

Anwesenheitsliste

RAT:
OB Dieckmann

Anlage 1
zur Niederschrift des Rates vom
23.04.2007

CDU:

Stv. von Allen-Bockum ab 18.00 Uhr
Stv. Berg "
Stv. Breuers "
Stv. Cziudaj "
Stv. Déus, Guido "
Stv. Fenninger "
Stv. Dr. Gilles "
Stv. Härling "
Stv. Hauser "
Stv. Dr. Heckes "
Stv. Hentschel "
Bgm. Joisten "
Stv. Kläser "
Stv. Krämer-Breuer "
Stv. Limbach "
Stv. Maïwaldt "
Stv. Nelles "
Stv. Overmans "
Stv. Reischl "
Stv. van Schewick "
Stv. Schuck "
Stv. Schwolen-Flümann "
Stv. Steffens "
Stv. Willms "
Stv. Winter "

SPD:

Stv. Buhse ab 18.00 Uhr
Stv. Coché "
Stv. Eichenhorst "
Stv. Eickhoff "
Stv. Esch "
Stv. Esser "
Stv. Grenz "
Stv. von Grünberg "
Stv. Harder "
Stv. Heidemann "
Stv. Hürter "
Stv. Ingenkamp "
Stv. Klein "
Bgm. Naaß "
Stv. Dr. Naß "
Stv. Richter "
Stv. Salzburger "
Stv. Schaper "
Stv. Schröder-Diederich "

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Stv. Beger ab 18.00 Uhr
Stv. Beu "
Bgm. Finger "
Stv. Heinzel "
Stv. Herrmann "
Stv. Kappel "
Stv. Manemann "
Stv. Mengelberg "
Stv. Paß-Weingartz "
Stv. Poppe "
Stv. Uckermann "

FDP:

Bgm. Hauschild ab 18.00 Uhr
Stv. Hümmrich "
Stv. Kansy "
Stv. Kivelip "
Stv. Nollmann "
Stv. Stamp "

Bürger Bund Bonn:

Stv. Dr. Lang ab 18.00 Uhr
Stv. Holch "

UWG Bonn:

Stv. Plantiko ab 18.00 Uhr

Parteilos:

Stv. Dr. Gröner ab 18.00 Uhr

Entschuldigt:

Stv. Weiland -Die Linkspartei-

Verwaltung:

StD Hübner
StK Prof. Dr. Sander
Bg Kretzschmar
Bg Dr. Krapf
Bg Dr. Kregel
BL Naujoks
CD Braun
Ltd.St.VD Brinkmann
AL Frechen
AL Bomheuer
AL Dr. Hohn-Berghorn
AL Isselmann
Ltd.RD Krämer
Ltd.St.VD Liminski
Ltd.RD Müller
Ltd.St.VD Thomas
Ltd.St.VD Zwiebler
St.VD Besier
VA Dr. Hörig
St.VD Kömpel
St.VD Schmitz
VA Bertram-Meyer
St.OVR Limbach
Dipl.-Ing. van Vorst
St.OVR Herkt
StOAR Schrick
StAR Zilm
VA Görgen
VA Strauch
VA Lau

Ende der öffentlichen
Sitzung: 20.58 Uhr

Zustimmung zur Abwahl der Beigeordneten Ulrike Kretzschmar gemäß § 71 Abs. 7
GO NRW in der Ratssitzung am 23.04.2007

Unterschriften der CDU-Ratsfraktion

Name, Vorname	Unterschrift
Berg, Martin	Gez. Martin Berg
Breuers, Will	Gez. Breuers
Cziudaj, Ingeborg	Gez. Cziudaj
Déus, Guido	Gez. Déus
Fenninger, Georg	Gez. G. Fenninger
Dr. Gilles, Klaus-Peter	Gez. Dr. Gilles
Härling, Willi	Gez. Härling
Hauser, Benedikt	Gez. Benedikt Hauser
Dr. Heckes, Pia	Gez. P. Heckes
Hentschel, Heinz	Gez. Hentschel
Joisten, Helmut	Gez. Helmut Joisten
Kläser, Heinrich	Gez. Heinrich Kläser
Krämer-Breuer, Monika	Gez. M. Krämer-Breuer
Limbach, Reinhard	Gez. Limbach
Maiwaldt, Wolfgang	Gez. Maiwaldt
Nelles, Klaus-Peter	Gez. Nelles
Overmans, Christiane	Gez. Christiane Overmans
Reischl, Wilfried	Gez. W. Reischl
Schuck, Markus	Gez. Markus Schuck
Schwolen-Flümann, Annette	Gez. Schwolen-Flümann
Steffens, Dieter	Gez. Steffens
van Schewick, Heinz-Helmich	Gez. van Schewick
von Alten-Bockum, Frank	Gez. von Alten-Bockum
Willms, Kirsten	Gez. Kirsten Willms
Winter, Wiebke	Gez. Wiebke Winter

(Die Originalliste mit den Original-Unterschriften liegt dem Ratsbüro vor.)

Unterschriftenliste zum Antrag:

Abwahl der Beigeordneten Ulrike Kretzschmar

Name, Vorname	Unterschrift
Stv. Buhse	Gez. Buhse
Stv. Coché	Gez. Coché
Stv. Eichenhorst	Gez. Eichenhorst
Stv. Eickhoff	Gez. A. Eickhoff
Stv. Esch	Gez. A. Esch
Stv. Esser	Gez. Werner Esser
Stv. Grenz	Gez. Gieslint Grenz
Stv. von Grünberg	Gez. von Grünberg
Stv. Harder	Gez. Harder
Stv. Heidemann	Gez. Heidemann
Stv. Hürter	Gez. Hürter
Stv. Ingenkamp	Gez. B. Ingenkamp
Stv. Klein	Gez. W. Klein
BM Naaß	Gez. Naaß
Stv. Dr. Naß	Gez. Naß
Stv. Richter	Gez. Richter
Stv. Salzburger	Gez. Salzburger
Stv. Schaper	Gez. Schaper
Stv. Schröder-Diederich	Gez. Schröder-Diederich

(Die Originalliste mit den Original-Unterschriften liegt dem Ratsbüro vor.)

Zustimmung zur Abwahl der Bürgermeister / Änderung der Rangfolge der
Stellvertretung gemäß § 67 Abs. 4 GO NRW in der Ratssitzung am 23.04.2007

Unterschriften der CDU-Ratsfraktion

Name, Vorname	Unterschrift
Berg, Martin	Gez. Martin Berg
Breuers, Will	Gez. Breuers
Cziudaj, Ingeborg	Gez. Cziudaj
Déus, Guido	Gez. Déus
Fenninger, Georg	Gez. G. Fenninger
Dr. Gilles, Klaus-Peter	Gez. Dr. Gilles
Härling, Willi	Gez. Härling
Hauser, Benedikt	Gez. Benedikt Hauser
Dr. Heckes, Pia	Gez. P. Heckes
Hentschel, Heinz	Gez. Hentschel
Joisten, Helmut	Gez. Helmut Joisten
Kläser, Heinrich	Gez. Heinrich Kläser
Krämer-Breuer, Monika	Gez. M. Krämer-Breuer
Limbach, Reinhard	Gez. Limbach
Maiwaldt, Wolfgang	Gez. Maiwaldt
Nelles, Klaus-Peter	Gez. Nelles
Overmans, Christiane	Gez. Christiane Overmans
Reischl, Wilfried	Gez. W. Reischl
Schuck, Markus	Gez. Markus Schuck
Schwolen-Flümann, Annette	Gez. Schwolen-Flümann
Steffens, Dieter	Gez. Steffens
van Schewick, Heinz-Helmich	Gez. van Schewick
von Alten-Bockum, Frank	Gez. von Alten-Bockum
Willms, Kirsten	Gez. Kirsten Willms
Winter, Wiebke	Gez. Wiebke Winter

(Die Originalliste mit den Original-Unterschriften liegt dem Ratsbüro vor.)

Unterschriftenliste zum Antrag:

Abwahl der Bürgermeister

Name, Vorname	Unterschrift
Stv. Buhse	Gez. Buhse
Stv. Coché	Gez. Coché
Stv. Eichenhorst	Gez. Eichenhorst
Stv. Eickhoff	Gez. A. Eickhoff
Stv. Esch	Gez. A. Esch
Stv. Esser	Gez. Werner Esser
Stv. Grenz	Gez. Gieslint Grenz
Stv. von Grünberg	Gez. von Grünberg
Stv. Harder	Gez. Harder
Stv. Heidemann	Gez. Heidemann
Stv. Hürter	Gez. Hürter
Stv. Ingenkamp	Gez. B. Ingenkamp
Stv. Klein	Gez. W. Klein
BM Naaß	Gez. Naaß
Stv. Dr. Naß	Gez. Naß
Stv. Richter	Gez. Richter
Stv. Salzburger	Gez. Salzburger
Stv. Schaper	Gez. Schaper
Stv. Schröder-Diederich	Gez. Schröder-Diederich

(Die Originalliste mit den Original-Unterschriften liegt dem Ratsbüro vor.)

Name, Vorname	Unterschrift
Stv. Werner Hümmrich	Gez. Hümmrich
Stv. Falk Kivelip	Gez. Falk Kivelip
Stv. Joachim Stamp	Gez. J. Stamp
Stv. Ulrich Hauschild	Gez. Hauschild
Stv. Rüdiger Nollmann	Gez. Nollmann
Stv. Achim Kansy	Gez. A. Kansy

(Die Originalliste mit den Original-Unterschriften liegt dem Ratsbüro vor.)

Die Bundesstadt Bonn
sucht sofort

eine Beigeordnete oder einen Beigeordneten
für die Leitung des Dezernates Allgemeine Verwaltung

In der Stadt Bonn ist das Dezernat Allgemeine Verwaltung neu zu besetzen. Um diese Arbeit in einer Stadt mit ca. 314000 Einwohnern, als Sitz von Institutionen der Vereinten Nationen, Standort von Bundesministerien, einer Universität, zahlreicher Forschungseinrichtungen und Wissenschaftsorganisationen sowie als Sitz von global operierenden Unternehmen erfolgreich fortzusetzen, suchen wir eine engagierte, fachlich qualifizierte Führungspersönlichkeit für das umfassende Aufgabenspektrum zur Führung des Personal- und Organisationsamt (10), der Bürgerdienste (33), des Feuerwehr- und Rettungsdienstes (37), sowie der Bezirksverwaltungsstellen.

Sie werden uns überzeugen, wenn Sie

- die gem. § 71 Gemeindeordnung NRW für das Amt erforderlichen fachlichen Voraussetzungen erfüllen,
- ein hohes Maß an Fachkompetenz in personal- und organisationspolitischen Fragestellungen, Ideenreichtum, Kooperationsfähigkeit und Managementfähigkeiten besitzen,
- über mehrjährige Erfahrungen in der Leitung größerer Organisationseinheiten verfügen,
- auf Ihrem bisherigen Berufsweg fundiertes Fach- und Methodenwissen auch in der praktischen Anwendung unter Beweis gestellt haben,
- dynamisch und entscheidungsfreudig sind.

Zum Geschäftsbereich gehören die Fachbereiche Personal- und Organisationsamt (10), Bürgerdienste (33), Feuerwehr und Rettungsdienst (37) sowie die Bezirksverwaltungsstellen. Eine anderweitige Geschäftsverteilung bleibt vorbehalten.

Die Einstellung erfolgt nach den im Land Nordrhein-Westfalen geltenden Vorschriften unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von acht Jahren.

Die Besoldung richtet sich nach Besoldungsgruppe B 6 Bundesbesoldungsordnung zuzüglich einer Aufwandsentschädigung nach der Eingruppierungsverordnung.

Wenn Sie sich Ihre weitere berufliche Karriere als Dezernentin oder Dezernent in einer Stadt von ca. 314000 Einwohnerinnen und Einwohnern mit interessanten Zukunftsperspektiven vorstellen können, sollten Sie sich bewerben.

Bewerbungen von Schwerbehinderten sind erwünscht.

Nach den gesetzlichen Vorschriften werden Bewerbungen von Frauen für diese Stelle bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte bis zuman.....

Bundesstadt Bonn
sucht sofort

eine Beigeordnete oder einen Beigeordneten
für die Leitung des Familiendezernates

Städtische Familienpolitik ist in Bonn seit Jahren ein Schwerpunkt in der kommunalpolitischen Arbeit von Rat und Stadtverwaltung. In den Bereichen Schule, Kindergärten, Jugendbetreuung kann Bonn auf vorbildliche Entwicklungen verweisen. Um diese Arbeit in einer Stadt mit ca. 314000 Einwohnern, als Sitz von Institutionen der Vereinten Nationen, Standort von Bundesministerien, einer Universität, zahlreicher Forschungseinrichtungen und Wissenschaftsorganisationen sowie als Sitz von global operierenden Unternehmen erfolgreich fortzusetzen, suchen wir eine engagierte, fachlich qualifizierte Führungspersönlichkeit für das umfassende Aufgabenspektrum der Sozial-, Familien- und Schulverwaltung. Hierzu gehören ein besonderes Verständnis und ein engagierter Einsatz für die vielfältigen Belange insbesondere von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien, um entwicklungsorientiert soziale wie auch familien- und schulpolitische Konzeptionen zu erarbeiten, zielorientiert umzusetzen und sie miteinander zu vernetzen.

Sie werden uns überzeugen, wenn Sie

- die gem. § 71 Gemeindeordnung NRW für das Amt erforderlichen fachlichen Voraussetzungen erfüllen,
- ein hohes Maß an Fachkompetenz in sozial-, familien- und schulpolitischen Fragestellungen, Ideenreichtum, Kooperationsfähigkeit und Managementfähigkeiten besitzen,
- über mehrjährige Erfahrungen in der Leitung größerer Organisationseinheiten verfügen,

- auf Ihrem bisherigen Berufsweg fundiertes Fach- und Methodenwissen auch in der praktischen Anwendung unter Beweis gestellt haben,
- dynamisch und entscheidungsfreudig sind.

Zum Geschäftsbereich gehören die Fachbereiche Schulamt, Amt für Soziales und Wohnen mit den Bereichen Migration und Integration sowie das Amt für Kinder, Jugend und Familie.

Eine anderweitige Geschäftsverteilung bleibt vorbehalten.

Die Einstellung erfolgt nach den im Land Nordrhein-Westfalen geltenden Vorschriften unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von acht Jahren.

Die Besoldung richtet sich nach Besoldungsgruppe B 5 Bundesbesoldungsordnung zuzüglich einer Aufwandsentschädigung nach der Eingruppierungsverordnung.

Wenn Sie sich Ihre weitere berufliche Karriere als Dezernentin oder Dezernent in einer Stadt von ca. 314000 Einwohnerinnen und Einwohnern mit interessanten Zukunftsperspektiven vorstellen können, sollten Sie sich bewerben.

Bewerbungen von Schwerbehinderten sind erwünscht.

Nach den gesetzlichen Vorschriften werden Bewerbungen von Frauen für diese Stelle bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte bis zuman.....

ÜBER- UND AUßERPLANMÄßIGE AUSGABEN

Erläuterungen:

EE = Erhöhung der Einnahme

MA = Minderung der Ausgabe

EA = Erhöhung der Ausgabe

Liste Nr. V/2007

Vermögenshaushalt

Lfd. Nr.	Haushaltsstelle Bezeichnung	Bisheriger Ansatz einschl. üpl/apl EUR	Erhöhung um EUR	Deckung		um EUR	Begründung
				bei Haushaltsstelle Bezeichnung	durch EE/MA EA		
1.	6600.985.9032.7 TZ SWB - BK Kennedybrücke (ÖPNV)	0,00	1.570.000,00	6600.950.9032.1 BK Kennedybrücke	MA	4.570.000,00	Die Baumaßnahmen für den Bereich des ÖPNV werden durch die Stadtwerke Bonn ausgeführt.

Anlage zu TOP 1.8.3 a)
~~Ref: 23.04.2007~~
U 2007 DE



**Bundesministerium
für Gesundheit**



**Bundesministerium
der Justiz**

Marion Caspers-Merk
Parlamentarische Staatssekretärin
bei der Bundesministerin für Gesundheit
Mitglied des Deutschen Bundestages

Alfred Hartenbach
Parlamentarischer Staatssekretär
bei der Bundesministerin der Justiz
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, den **28** März 2007

Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
Herrn Wolfgang Zöllner, MdB

per Fax: 227 – 56621

Stellvertretende Vorsitzende
der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Frau Elke Ferner, MdB

per Fax: 227 – 76086

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Frau Annette Widmann-Mauz, MdB

per Fax: 227 – 56097

Sprecherin der Arbeitsgruppe Gesundheit
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Frau Dr. Carola Reimann, MdB

per Fax: 227 – 56935

Friedrichstraße 108
10117 Berlin
Tel: 0 18 88 / 4 41 – 10 20
Fax: 0 18 88 / 4 41 – 49 02
E-Mail: poststelle@bmg.bund.de

Mohrenstraße 37
10117 Berlin
Tel: 0 18 88 / 5 80 – 90 10
Fax: 0 18 88 / 5 80 – 90 48
E-Mail: poststelle@bmi.bund.de

- 2 -

nachrichtlich

Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
Herrn Volker Kauder, MdB

per Fax: 227 – 56115

Vorsitzender der SPD-Fraktion
im Deutschen Bundestag
Herrn Dr. Peter Struck, MdB

per Fax: 227 – 56035

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

In dem Koalitionsgespräch am 6. März 2007 batén Sie das Bundesministerium für Gesundheit um eine fachliche und rechtliche Prüfung des Vorschlags der Union zum Fortgang der Diamorphinbehandlung. Geprüft werden sollte die Möglichkeit, die verbliebenen Patienten der Studie in den bestehenden Heroinambulanzen bis maximal zum Jahr 2010 weiter mit Diamorphin zu behandeln, unter der Voraussetzung, dass keine neuen Patienten einbezogen werden.

Die Bundesministerien für Gesundheit und Justiz haben diesen Vorschlag eingehend geprüft und sind zu dem Ergebnis gelangt, dass eine Fortführung der Diamorphinbehandlung unter Beschränkung auf den bisherigen Patientenkreis und zeitlicher Begrenzung erhebliche rechtliche, auch verfassungsrechtliche Probleme aufwirft und zu keiner vertretbaren Lösung für den hier in Betracht kommenden Personenkreis von Schwerstabhängigen führt.

Eine Fortführung der Diamorphinbehandlung nach dem 30. Juni 2007 ist nach bestehender Rechtslage nur auf der Grundlage einer (weiteren) Ausnahmegenehmigung nach § 3 Abs. 2 BtMG möglich. Die bisher vorliegende Sondergenehmigung ist – zu Recht – mit Blick auf die durchgeführte Arzneimittelstudie aus medizinisch wissenschaftlichen Grün-

- 3 -

den erteilt worden; das wird kaum mehr möglich sein, weil die Studie die notwendigen wissenschaftlichen Erkenntnisse bereits erbracht hat: Die Diamorphinbehandlung zeigt bei dem betroffenen Personenkreis signifikant bessere Ergebnisse als die Methadonbehandlung. Die Resultate decken sich mit weiteren wissenschaftlichen Befunden, sie können als medizinisch gesichert angesehen werden.

Damit kann die neue Genehmigung (nur) auf ein „öffentliches Interesse“ gestützt werden. Auf ein solches „öffentliches Interesse“ werden sich aber nicht nur Behandlungseinrichtungen, sondern auch alle Schwerstabhängigen berufen können, die die bisherigen strengen Zulassungsvoraussetzungen für eine Diamorphinbehandlung erfüllen. Sie werden nicht abgelehnt werden können, weil nach der neueren Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG, Urteil vom 19. Mai 2005 – 3 C 17.04 –) der Zweck des Betäubungsmittelgesetzes, die notwendige medizinische Versorgung der Bevölkerung gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 6 BtMG sicherzustellen, grundsätzlich auch durch die Versorgung eines einzelnen Patienten realisiert und auch dadurch ein „öffentliches Interesse“ begründet wird.

Im Lichte der heute vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse über die medizinische Geeignetheit der Diamorphinbehandlung für Schwerstabhängige ist ein Ausschluss von Patienten mit gleichen Zugangsvoraussetzungen von dieser Behandlung auch verfassungsrechtlich – nicht nur unter Gleichbehandlungsgesichtspunkten – nicht zu rechtfertigen. Dies gilt zumal dann, wenn sich diese Behandlung gleichsam als einzig wirksame Methode zur gesundheitlichen Stabilisierung der betroffenen Patienten erweist. Hier muss dem Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG) der absolute Vorrang gegenüber anderen Schutzgütern eingeräumt werden, vor allem, weil den Gefahren des Gebrauchs von und des Handels mit illegalen Drogen durch die bisherigen besonders engen Zulassungsvoraussetzungen zur Diamorphinbehandlung wie bisher ausreichend begegnet werden kann.

Angesichts des heutigen wissenschaftlichen, aber auch rechtlichen Befundes, der zudem von der neueren höchstrichterlichen Rechtsprechung zum Zugang schwerstkranker Patienten zu neuen gesundheitsfördernden Behandlungsmethoden getragen wird (BVerfG, Beschluss vom 6. Dezember 2005 – 1 BvR 347/98 – ; BVerwG, a.a.O.; BSG, Urteil vom 4.04.2006 – B 1 KR 7/05 –), ist der Vorschlag der Union mit seinen Beschränkungen nicht haltbar.

- 4 -

Eine **verwaltungsrechtliche** Lösung über Ausnahmeerlaubnisse nach § 3 Abs. 2 BtMG führt angesichts der oben beschriebenen Perspektiven zu einer von niemandem gewollten ausweitenden Handhabung dieses Instituts. Es ist Sache des Gesetzgebers und kann nicht der Verwaltung überlassen werden, auf die geänderten wissenschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu reagieren. Deshalb halten wir es **jetzt** für geboten, die Diamorphinbehandlung auf eine **gesetzliche** Grundlage zu stellen, die die Voraussetzungen und Modalitäten der Behandlung klar regelt. Ohne eine gesetzliche Fixierung ist im Übrigen auch die Kostenübernahme nicht geregelt.

Ein erster Antrag der Stadt Frankfurt/Main auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach § 3 Abs. 2 BtMG zur Weiterbehandlung der Studienteilnehmer für weitere drei Jahre und zur Aufnahme neuer Patienten (bis zu einer Gesamtkapazität von insgesamt 150 Personen) liegt dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte bereits zur Entscheidung vor. Weitere werden folgen. Das Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte wird bei seinen Entscheidungen die geschilderte Rechtslage beachten müssen.

Mit freundlichen Grüßen

